

OXI-Interview mit Franz Steinkühler



(Foto IG Metall) Franz Steinkühler war von 1986 bis 1993 Erster Vorsitzender der IG Metall. Anschließend arbeitete er einige Jahre als Unternehmensberater. Im Mai 2017 wurde Franz Steinkühler 80 Jahre alt.

Mehr Freiheit in der Arbeit

Der ehemalige IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler im Gespräch über entfremdete und vermeintlich selbstbestimmte Arbeit und die Frage, was gewerkschaftliche Solidarität unter heutigen Bedingungen heißen könnte.

Herr Steinkühler, haben Sie eine Idee, wie Gewerkschaften erfolgreicher als bisher Solidarität organisieren können? Das

Argument überzeugt doch: Wir schließen uns in Gewerkschaften zusammen, um viel leichter beispielsweise höhere Löhne durchzusetzen. Jedoch: Die Zahl der Beschäftigten ist mit mehr als 42 Millionen auf einem Höchststand. Die im DGB vereinten Gewerkschaften haben sechs Millionen Mitglieder, Tendenz sinkend, ein Fünftel im Rentnerstatus.

Franz Steinkühler: Solidarität hat mit Quantität nichts zu tun. Auch Gewerkschaften mit wenigen Mitgliedern sind solidarische Organisationen. Solidarität ist ein Wert an sich. Und deshalb steckt in Ihrer Frage ein Denkfehler. Sie sagen, ich gehe in eine Gewerkschaft, weil mehr rüberkommt. Ich denke, für zehn Cent mehr Lohn geht niemand in eine Gewerkschaft. Solidarität ist eine Frage der Haltung.

Was ist ausschlaggebend für Solidarität, wenn nicht gemeinsame materielle Interessen?

Solidarität ist Verbundensein mit anderen in ähnlicher Lage und mit ähnlichen Interessen. Deshalb kann Solidarität nur in der Nähe entstehen. Man muss die anderen und deren Probleme kennen. So ist die heutige Produktionsweise kein Nährboden für Solidarität, im Gegenteil. Denn sie verhindert Nähe. Arbeit und Produktion sind zerstückelt. Wenn wir beide am Fließband sitzen würden, im 10-Sekunden-Takt irgendetwas tun, dann könnten wir nicht miteinander reden. Und mit dem Produkt, das wir mit anderen letztlich herstellen, hätten wir auch nie etwas zu tun. Diese Erfahrung, an etwas Gemeinsamen zu arbeiten, die gäbe es also auch nicht.

Dann verkümmert dieses Empfinden.

Meine Erfahrung ist: Solidarität war immer da, auch urplötzlich, wenn viele Leute erkannt haben, das ist unser Interesse, diese konkrete Forderung eint uns. Aber Sie haben schon recht: Sie kann verkümmern. Das heißt, man muss ständig etwas tun, um für Solidarität zu werben. Dazu gehört meines Erachtens der Hinweis, Solidarität ist ein gesellschaftliches

Ereignis. Da gibt es einen Satz von Papst Franziskus: »Hüten und Mehren des Privatbesitzes ist nur dadurch gerechtfertigt, dass es dem Gemeinwohl besser dient.« Ein wunderschöner Satz, den ich gerne öfter hören würde. Dieser Satz drückt aus, worum es im Kern geht: Menschen müssen ihre Abhängigkeit erkennen. Und aus dieser Erkenntnis gemeinsam handeln. Aber das muss man ihnen auch immer wieder sagen, sie auch in diesem Sinne fordern. Und unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der wir uns nicht entziehen können, ist ja nicht gerade solidaritätsfördernd, sondern ichzentriert, egoistisch. Sie macht letztlich jeden zu jedermanns Wolf. So gesehen ist das, was Gewerkschaften leisten, nicht hoch genug einzuschätzen.

Muss ich Solidarität empfinden, um streiken zu können? Oder entsteht sie erst im Konflikt, beim Streiken?

Weder das eine noch das andere ist auszuschließen. Solidarität ist notwendig, um gemeinsam aktiv zu werden. Um aber Solidarität zu erzeugen, brauche ich zuvor Forderungen, von denen möglichst viele überzeugt sind. Bei einem der Arbeitskämpfe, die ich vor sehr langer Zeit geführt habe, haben wir sehr Unterschiedliches gefordert. Einen besonderen Kündigungsschutz für Beschäftigte, die älter als 53 Jahre sind. Das hat die Jungen nicht betroffen, aber sie erkannten, dass sie selbst auch alt werden. Springer-Regeln für die Fließbandarbeiter. Das hat unsere Werkzeugmacher und Facharbeiter nicht betroffen. Aber viele wussten von ihren Frauen und Töchtern, wie hart eine solche Arbeit ist, bei den damals kurzen Taktzeiten, oft sind sie es auch heute noch. Denn oft standen und stehen auch Frauen am Fließband. Viele sagten mir damals, Franz, diesen Streik könnten wir verlieren. Wir verzetteln uns, wo ist die große Forderung, die saftige Lohnerhöhung, hinter der alle stehen können? Aber ich war überzeugt: Die Jungen werden für die Alten eintreten, weil sie wissen, auch wir werden alt. Die Zeitarbeiter werden für die Fließband- und Akkordarbeiter eintreten, weil sie sehen, wie die am Band schuften müssen. Mit meinem Glauben an die

Solidarität lag ich nicht falsch. Solidarität ist oft verschüttet. Aber sie ist vorhanden und kann schnell geweckt werden.

Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren der anderen Seite zu viel Spiel gelassen.

Können Gewerkschaften das Streiken verlernen? Ich erinnere mich nicht mehr daran, wann Ihre IG Metall zuletzt gestreikt hat.

Ich gestehe zu, es kann einen Verlernprozess geben. Man verlernt Routinen, wie Streiks geführt werden. Und wenn man einen großen Arbeitskampf organisieren will, da gehört einiges an Erfahrung dazu, soll das nicht in die Hose gehen. Ich kenne viele Bevollmächtigte der IG Metall, die noch keinen Streik mitgemacht haben. Das ist nun kein Aufruf, wie ein stehendes Heer ständig Übungen zu machen. Denn mit Streik spielt man nicht. Also: Gewerkschaften können das Streiken nicht verlernen, aber Routinen schon. Dass die IG Metall jederzeit streikfähig ist, steht außer Frage.

Was könnten denn heute sinnvolle Streikziele sein?

Alles, was Lohn und Arbeitsbedingungen betrifft und bei den Mitgliedern tragfähig ist. Zurzeit fordert ja alle Welt die IG Metall auf, und andere Gewerkschaften auch, höhere Löhne abzuschließen, endlich einmal zuzulangen. Die Wirtschaftsweisen beispielsweise. Aber: Wenn die Gewerkschaften das dann auch tun, dann ändert sich dieser öffentliche Tenor schnell. Dann kommt wieder das alte Lied, die Gewerkschaften gefährdeten mit ihren Forderungen und Streiks Konjunktur und Arbeitsplätze.

Dann müssten die Gewerkschaften doch endlich ein, zwei Briketts nachlegen und für saftige Lohnerhöhungen streiken.

Da fällt mir spontan kein Grund ein, der dagegen sprechen

könnte. Aber es gibt noch andere wichtige Themen, die es wert sind, energisch angefasst zu werden. Ich denke an die Bedingungen, unter denen die Beschäftigten ihre Arbeitskraft verkaufen. Die sind mindestens genauso wichtig wie die Lohnhöhe. Wir Gewerkschaften treten ja nicht für die Befreiung von der Arbeit ein. Wir treten ein für mehr Freiheit in der Arbeit. Und die Arbeitsbedingungen sind ein bedeutsamer Gradmesser für diese Freiheit in der Arbeit, ob es mehr oder weniger von ihr gibt. Da haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren, wie ich meine, der anderen Seite zu viel Spiel gelassen. Die Arbeit ist vielfach verdichtet worden. In vielen Betrieben sind die Taktzeiten wieder kürzer als 1,5 Minuten, obwohl die Tarifverträge anderes festlegen. Die tarifliche Arbeitszeit wird oft überschritten. Überstunden werden nicht bezahlt. Geleistete Arbeit wird oft nicht registriert und festgehalten. Die Arbeitszeit der Menschen ist in der Regel Resultante unternehmerischer Planung und schert sich selten um die Bedürfnisse der Arbeitnehmer. In der Summe müssen wir festhalten, die Seite des Kapitals hat da doch sehr viel zurückdrehen können.

Geht es um eine neue Offensive der Humanisierung der Arbeit?

Die IG Metall greift all diese Themen mit ihrer aktuellen Arbeitszeitdebatte auf. Sie fordert, die Arbeitszeit muss sich nach den Bedürfnissen der Menschen richten und nicht umgekehrt, wie dies heute oft der Fall ist. Das ist genau der Punkt: Freiheit in der Arbeit erkämpfen.

Die unerträgliche Spreizung der Einkommen in der Gesellschaft kann nur noch politisch gelöst werden.

Wir haben den Facharbeiter bei Porsche, Mitglied der IG Metall, mit einem sehr guten Monatsverdienst, einem Jahresbonus von bis zu 10.000 Euro. Wir haben die Verkäuferin oder Pflegekraft, Mitglied bei ver.di, mit 2.500 Euro im Monat, natürlich ohne Jahresbonus, plus im Zweifel

schlechteren Arbeitsbedingungen. Wie entsteht da Solidarität?

Darauf gibt es keine einfache Antwort. Die Spreizung der Einkommen innerhalb der Arbeitnehmerschaft wird immer größer. Viele Faktoren spielen da eine Rolle: Wie qualifiziert ist der Beschäftigte? Wie ist die Nachfrage nach dieser Qualifikation? Wie hoch schätzt die Gesellschaft die jeweilige Arbeit ein, also die Pflege von Alten und das Bauen von Maschinen? Und: Wie kampfstark sind die Gewerkschaften, in jedem Betrieb und in der Gesellschaft? Vielen Faktoren können die Gewerkschaften mit ihrem tariflichen Besteckkasten nur schwer beikommen. Es gab ja Versuche, mit Sockelbeträgen dagegen anzukämpfen, so dass bei Tarifabschlüssen die unteren Lohngruppen mehr erhielten als die oberen. Wir haben durchgesetzt, dass die sehr niedrigen Frauen-Lohngruppen abgeschafft worden sind. Meine Konsequenz: Diese Spreizung – ein Manager verdient oftmals das 50fache eines qualifizierten Facharbeiters, warum eigentlich – ist so absurd und skandalös ungerecht geworden, dass dies endgültig zu einem Thema der Gesellschaft geworden ist. Dieser unerträgliche Zustand kann nur noch politisch gelöst werden. Eigentum und Einkommen haben der Gesellschaft zu dienen, sie dürfen sie nicht zerstören.

Müssten die Gewerkschaften das dann nicht noch lauter sagen: Wir können das nicht lösen, das müsst ihr machen, die Gesellschaft, die Politik?

Das kann man noch deutlicher machen: Das ist nicht unsere Verantwortung als Tarifpartei, das ist deine Verantwortung, liebe Politik. Allein schon deshalb, weil diejenigen, die heute wenig verdienen, die Unterstützungsbedürftigen von morgen sind, wenn sie alt sind. Heute sparen die Unternehmen sich an niedrigen Löhnen reich. Und morgen muss der Steuerzahler diejenigen stützen, die wegen eines niedrigen Lohnes nur eine Armutsrente beziehen. Diese Fragen müssen politisiert werden. In diesen Fragen muss polarisiert und mobilisiert werden.

Ist es ein Zeichen von Macht der Gewerkschaften, wenn sogar die Regierungsparteien CDU und CSU sich die Vollbeschäftigung zum Ziel setzen? Oder ist das nur Wählerfang?

Ich bin sehr glücklich zu lesen, dass auch die Union erkannt hat, es gibt noch keine Vollbeschäftigung. Bisher schien es so: Die Wirtschaft brummt, und alles ist in Ordnung. Wenn es nur ein Wahlkampf-Gag wäre, dann liefere die Union ein großes Risiko. Denn Fakt ist: Wir haben noch Massenarbeitslosigkeit, je nach Zählweise zwischen 2,5 und vier Millionen Arbeitslose. Übrigens mit großen regionalen Unterschieden, im Norden viel mehr, im Süden erheblich weniger. Wir haben noch 4,5 Millionen Menschen, die Arbeitslosengeld beziehen. Viele Millionen leben an der Grenze zur Armut. Trotz einer seit Jahren florierenden Wirtschaft, das ist ja der eigentliche Skandal. Wir haben ja genügend Wohlstand für alle. Aber auch hier gilt: Die Gewerkschaften können dieses Problem tarifpolitisch nicht lösen. Aber die Gewerkschaften müssen das Bewusstsein dieser Gesellschaft dafür wach halten. Die Finger in diese Wunde legen. Deshalb finde ich es gut, dass die CDU dieses Thema für sich markiert und reklamiert hat. Denn jetzt würde ich den Daumen da draufhalten. Und entsprechende Forderungen erheben. Ja, natürlich. Dieses Thema der Massenarbeitslosigkeit, der Armut in einer seit Jahren florierenden Wirtschaft, das darf am Ende des Wahlkampfes nicht wieder sanft entschlafen.

Dieses Wirtschaftssystem produziert immer wieder Krisen. Ich kenne kein Tariffinstrument, das dagegen helfen könnte.

Was hätten die Gewerkschaften tun können, um in Sachen Arbeitslosigkeit mehr Druck auszuüben?

Da darf ich zunächst daran erinnern, dass es die Gewerkschaften waren, die in der letzten Krise von 2008/2009 mit ihrem hohen Engagement und einem Paket aus tariflichen Maßnahmen und politischen Forderungen verhindert haben, dass die Arbeitslosigkeit noch stärker anstieg. Massenentlassungen

wurden so verhindert. Dieses Wirtschaftssystem produziert in kurzen Zyklen immer wieder Krisen. Ich kenne kein Tarifynstrument, das dagegen helfen könnte. Es gibt jedoch ein Instrument, um die Entwicklung auf lange Sicht zu beeinflussen: Das ist die Veränderung der Arbeitszeit, vor allem deren Verkürzung.

Zu Ihrer Zeit wurde, von der IG Metall betrieben, debattiert: Müssen aus Autokonzernen nicht Mobilitätskonzerne werden? Die nicht nur Autos produzieren, sondern beispielsweise komplette Nahverkehrssysteme. Gewerkschaften debattierten damals also auch über die Produkte: Welche Technik ist nützlich? Ist das eine sinnvolle Form der Politisierung von Gewerkschaftsarbeit?

Eine schwierige Frage. Wir machten damals eine große Automobilkonferenz, Anfang der 1990er Jahre. Wir redeten damals bereits von der Elektromobilität, vom Brennstoffzellenauto. Und damals haben wir in Übereinstimmung mit dem Automanagement davon geredet, dass nicht der Verkauf von Autos das Geschäftsmodell sein müsste, sondern die Bereitstellung von Fahrleistung. Es ging um elektromagnetische Schleifen auf den Autobahnen, damit die Autos fahrerlos ohne Stau von A nach B fahren können. Der Grundgedanke: Fahrleistung bereitzustellen, möglichst kreativ und ökologisch. Leider ist diese Diskussion wieder versandet.

Warum?

Ein Grund war sicher: Wir hatten aus der Gesellschaft damals keinen großen Rückhalt bekommen. Es war eher eine Exotendiskussion. Und da die Branche mit dem Verkauf von Autos immer mehr Geld verdiente, wollten die gar nichts mehr ändern. Das war schade, denn es waren richtige Ansätze, wie man heute sieht.

Sollten die Gewerkschaften heute solche Produktdebatten führen?

Es dürfen keine falschen Hoffnungen geweckt werden. Deshalb

die Erinnerung: Die Arbeitnehmer sind nicht im Besitz der Produktionsmittel, und sie sind auch nicht Inhaber der Verfügungsgewalt über sie. Damit haben sie keinen Hebel, um wirksam Einfluss auf die Produkte nehmen zu können. Und wenn man keinen Hebel hat, dann kommt man schnell in die Rolle des Bittstellers oder des Besserwissers. Trotzdem sage ich: Es ist das Recht der Arbeitnehmer, darüber zu reden, es ist ihr gesellschaftliches Recht. Zum Beispiel über die Frage, wie sinnvoll es ist, Raketen und Waffen aller Art zu produzieren. Wir hatten früher in der Rüstungsindustrie sehr aktive Konversionsarbeitskreise. Und das hat in einigen Unternehmen tatsächlich zu neuen Produkten und Produktionen geführt. Aber auch hier müssen die Gewerkschaften beachten: Sie sind dafür nicht zuständig. Es ist die Aufgabe der Politik und der Gesellschaft darüber zu entscheiden, welche Produkte sie für sinnvoll hält und welche nicht, welche Produkte sie fördert und welche vielleicht bewusst verteuert, weil die Produkte schädlich für die Gesellschaft sind.

Brauchen die Gewerkschaften heute politische Unterstützung, um stark zu bleiben? In Österreich gibt es Arbeiterkammern mit einer Pflichtmitgliedschaft. In Schweden haben die Gewerkschaften eine besondere Stärke, weil sie die Arbeitslosenversicherung verwalten.

Ich bin geneigt, nein zu sagen. Beim Beispiel Österreich allein deshalb, weil in den Arbeiterkammern die Beschäftigten Zwangsmitglied sind. Bei uns sind alle freiwillig in der Gewerkschaft. Bei uns entscheidet jeder und jede jeden Tag, ob sie oder er Mitglied bleibt oder nicht. Stellt das Mitglied die Beitragszahlung ein, dann ist es draußen. So einfach ist das. Das macht die Gewerkschaften auch so stark. Weil jeden Monat über sie demokratisch abgestimmt wird. So erhalten Gewerkschaften auch ständig Signale, ob sie mit ihrer Politik noch richtig liegen oder nicht. Das soll so bleiben. Die Stärke der Gewerkschaft hängt unverändert von ihrer Überzeugungskraft ab. Von ihrer Fähigkeit, Mehrheiten für

Interessen zu organisieren, die Mehrheiten betreffen, und ihren täglichen tausendfachen Kontakten im Betrieb über ihre Betriebsräte und Vertrauensleute.

Wenn die Gewerkschaften neue Arbeitszeitregeln durchsetzen würden, dann veränderte sich das Leben in dieser Gesellschaft.

Es gab in den 1980er Jahren große Kampagnen: den Kampf um die 35 Stunden-Woche, den um die Humanisierung der Arbeit. Das waren Projekte der Gewerkschaften, an denen konnten weder Gesellschaft noch Politik vorbei. Was könnte heute ein großes Projekt der Gewerkschaften sein, das bewegt und mobilisiert?

Ich kann nicht voraussagen, wann die nächste Idee die Massen erfasst. Oft fehlt nicht viel, nur eine Zuspitzung, eine sehr griffige Forderung oder ein Konflikt, schon schaltet alles vom Ruhe- in den Sturmmodus. Es gibt Zeiten, da denken viele Beschäftigte, die Verhältnisse sind eben so, wir können sie doch nicht verändern. Dann müssen wir Gewerkschafter uns damit auseinandersetzen, sagen, wir können doch was machen. Da reicht nicht eine knackige Überschrift. Das muss buchstäblich erarbeitet werden. Mit denen, die anschließend eventuell streiken müssen. Mein Eindruck: Aus der Arbeitszeitdebatte, die die IG Metall seit Monaten mit der Mitgliedschaft und den Funktionären auf breiter Ebene führt und wozu es in der kommenden Tarifrunde eventuell zu einer die Mehrheit einigenden Forderung kommt, könnte ein solches großes Projekt entstehen. Da bin ich sehr zuversichtlich.

Warum ist dieses Projekt für Sie besonders?

Wenn da was durchgesetzt werden würde, an neuen Arbeitszeiten, an neuen Regeln, dann veränderte sich das Leben in dieser Gesellschaft. Das Leben der Familien, die Rolle von Mann und Frau. Denn das Ziel dieser Offensive ist es, dass alle Beschäftigten endlich über ihre Arbeitszeit und deren Lage deutlich mehr selbst bestimmen können. Menschen sollen kürzer

arbeiten können, mit Lohnausgleich. Sie sollen ihre Arbeitszeit aber genauso selbstverständlich wieder verlängern können. Je nach ihrer Lage: Familie, Kinder, Krankheit, Pflege für die Eltern, was auch immer. Auch ohne Zustimmung des Arbeitgebers. Das wäre ein so gewaltiger Fortschritt, eine so große Veränderung, das rechtfertigt, dass die IG Metall alle Energie, die sie hat, in diese Auseinandersetzung steckt. Denn es geht um das entscheidende große Thema der Gewerkschaften: die Freiheit in der Arbeit möglichst groß machen. Mit dieser Auseinandersetzung, die auch ein Großkonflikt werden könnte, je nachdem wie stur sich die Kapitaleseite stellt, würde endlich wieder deutlich: Arbeit ist ein gesellschaftliches Ereignis und nicht bloß eines der Tarifpartner.

Große Veränderung – bedeutet das zwangsläufig auch einen großen Konflikt, einen langen Streik?

Das muss nicht sein, aber man muss das einkalkulieren. Wichtig ist: Die Gewerkschaften erarbeiten aus ihrer Sicht klare Forderungen, die fähig sind, die eigenen Leute zu mobilisieren. Das ist allein der Maßstab, die Tragfähigkeit einer Forderung.

Es kann in dieser Wirtschaftsordnung, selbst wenn wir über Produktionsmittel mitverfügen, keine selbstbestimmte Arbeit geben.

Technischen Fortschritt gab es immer. Es heißt nun: Vor allem wenn Digitalisierung, Roboterisierung und Künstliche Intelligenz kombiniert werden, dann wird es in den kommenden zwei Jahrzehnten Produktivitätssteigerungen geben, dass bis zu 50 Prozent der jetzigen Arbeitsplätze wegfallen. Wo sehen Sie den Fortschritt in dieser Entwicklung?

Was genau kommt, weiß niemand. Von der Katastrophe bis zum endgültigen Heil, alles wird prognostiziert. Ich vermute: Arbeit wird noch mehr zerstückelt werden. Und die Polarisierung wird zunehmen. Es werden viel mehr Beschäftigte

mit hoher Qualifikation gebraucht werden als heute. Und es wird Millionen Arbeitnehmer geben, die mit sehr geringqualifizierten Arbeiten oder mit nichts abgespeist werden sollen. Klar ist: Unter diesen Bedingungen wird Solidarität noch viel schwerer zu organisieren sein. Trotzdem: Fatalismus ist nicht angebracht. Denn technischer Fortschritt ist nie ein Bergrutsch, der alles unter sich begräbt. Wer welche Arbeit macht, wie er sie macht und wie sie bezahlt wird, das ist die Folge von bewussten Entscheidungen der Unternehmer, der Politik und der Gesellschaft. Maschinen entlassen keine Menschen. Politik ist dafür letztlich verantwortlich. Denn auch dieses Thema ist zu groß für die Tarifpartner. Die Gewerkschaften würden sich überfordern, glaubten sie, anstelle der Gesellschaft diese Herausforderungen zusammen mit der Kapitaleseite regeln zu können.

Ich wüsste nicht, wo und wie Politik und Gesellschaft sich nennenswert mit diesen Fragen beschäftigen, vielleicht rhetorisch, aber praktisch gilt Nichteinmischung.

Ich denke auch, die Gewerkschaften müssen noch entschiedener und nachhaltiger darauf aufmerksam machen, dass die Politik für diese große Entwicklung der Roboterisierung, der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz verantwortlich ist. Sie begnügt sich bisher damit, das mit Steuermitteln zu fördern, was die Unternehmen sowieso planen und wollen. Mit diesen neuen Techniken, werden sie denn von den Unternehmen tatsächlich flächendeckend angewandt, wird ein enormer Produktivitätsfortschritt einhergehen. Wem gehört der? Den Unternehmern allein? Es kann doch nicht sein, dass die Kapitaleseite alle Gewinne einstreicht und Arbeitnehmerschaft und Steuerzahler die Verluste tragen. Diese Verteilungsfrage ist eine politische Frage und keine, die in Tarifkämpfen alleine gelöst werden kann.

Was verstehen Sie unter entfremdeter Erwerbsarbeit?

Wenn ein Arbeitnehmer, um zu leben, für andere und mit deren Eigentum Waren oder Dienstleistungen produziert, die wiederum deren Eigentum bleiben. Das ist für mich entfremdete Arbeit. Damit geht einher, dass Arbeit, um die Produktivität zu steigern, bis zur Sinnentleerung zerstückelt wird. Der Mensch mit seiner Kreativität und seinem sozialen Wesen verkümmert dabei. Je arbeitsteiliger und zerstückelter Arbeit ist, umso leichter ist der Beschäftigte zu ersetzen, sein Wert sinkt, er ist austauschbar. Wer so arbeitet, verlernt es, in Zusammenhängen zu denken und ist damit auch politisch viel leichter beherrschbar, er verliert an Eigenständigkeit. Das zeigt, wie sehr die Bedingungen der Arbeit nicht nur jeden einzelnen Menschen, sondern auch die Gesellschaft und die Politik prägen. Arbeit ist gesellschaftlich und damit hochpolitisch.

Was ist für Sie selbstbestimmte Arbeit? Ist die innerhalb des jetzigen Wirtschaftssystems überhaupt machbar?

Es kann in dieser Wirtschaftsordnung, selbst wenn wir sie stark verändern und wir über Produktionsmittel mitverfügen, keine selbstbestimmte Arbeit geben. Aber ich kann mir sehr gut vorstellen, dass Arbeit nicht sinnentleert ist. Ich war mal Werkzeugmacher. Ich kann heute noch sagen, jedes Werkzeug hat mir Freude bereitet. Und von jedem Werkzeug, das ich angefertigt habe, habe ich heute noch die Stanzzeile. Der Sinnentleerung der Arbeit durch immer weitere Arbeitsteilung in kleinste Fertigungsschritte kann man begegnen. Sinnvolle und befriedigende Arbeit kann es auch in dieser Wirtschaftsordnung geben. Arbeit muss den Menschen fordern. Sie muss ihm ermöglichen, kreativ zu sein und darf ihn nicht zwingen, seine Gedanken während der Arbeit in Emigration zu schicken, um den Tag zu überstehen.

Arbeitsteilung rückgängig machen? Sie haben eben gesagt, das sei nicht mehr möglich.

Beschäftigte sollen an fünf, sieben oder zehn verschiedenen

Stellen arbeiten, so dass sie Abwechslung haben, auch einen Blick auf die gesamte Produktion bekommen. Dann müssen sie ihren Geist anstrengen, können ihre Kreativität einbringen, sind gefordert und nicht unterfordert. Dann sind sie auch nicht so leicht austauschbar. Denn dann beherrschen sie viele Arbeitseinheiten, verfügen über eine gute Qualifikation und viel Erfahrung. So können wenigstens die extremen Seiten der Arbeitsteilung beseitigt werden.